

ERGEBNISNIEDERSCHRIFT NR. 11/2022

Öffentliche Sitzung des Haupt- und Personalausschusses der Stadt Lahr/Schwarzwald am Montag, 05.12.22 Rathaus 2, Großer Sitzungssaal

Dauer der Sitzung: 15:20 Uhr bis 17:15 Uhr

Teilnehmende:

Sitzungsleitung	Oberbürgermeister Ibert		
Freie Wähler:	Stadtrat Stadtrat Stadtrat 1. pers. Vertreterin	Roth Girstl Mauch Deusch	bis 16:20 Uhr ab 16:20 Uhr
Bündnis 90/Die Grünen:	Stadtrat Stadtrat Stadträtin	Täubert Himmelsbach Nguyen	
SPD:	Stadtrat Stadträtin Stadtrat	Hirsch Frei Kleinschmidt	
CDU:	Stadträtin Stadtrat	Rompel Dörfler	
AfD:	Stadtrat	Himmelsbach	
FDP:	Stadtrat	Uffelmann	
Linke Liste Lahr & Tier- schutzpartei:	Stadtrat	Oßwald	
entschuldigt fehlen:			
Protokollführung:	Herr	Dinger	
Zuhörende:	3		

Diese Sitzung ist nach § 34 GemO ordnungsgemäß einberufen und geleitet. Sie wird vom Vorsitzenden eröffnet mit der Feststellung, dass der Haupt- und Personalausschuss beschlussfähig und die Tagesordnung ortsüblich bekannt gemacht ist.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

I. BEKANNTGABE

1. Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 12.09.2022 gefassten Beschlusses.

Der Vorsitzende verliest die Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 12.09.2022 gefassten Beschlusses:

„ Der Haupt- und Personalausschuss beschließt:

- 1) Der Gemeinderat stimmt der beigefügten Vereinbarung der Stadt Lahr mit dem FC Lahr West e.V. zur Errichtung einer 2-Mast-Flutlichtanlage zu.
- 2) Die Verwaltung wird damit beauftragt, die hierzu erforderliche Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde (RP) einzuholen.
- 3) Gemäß § 84 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) werden im Haushaltsjahr 2022 überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 20.000 € auf dem Investitionsauftrag I42410030004 (Flutlicht Lahr West) bewilligt. Für die Deckung der Mehraufwendungen können Einsparungen vom Investitionsauftrag I54100020021 (Entwicklung Baugebiet Gartenhöfe) herangezogen werden.“

II. BERATUNGS- UND BESCHLUSSANGELEGENHEITEN

1. Vorberatung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2023
 - a) Ergebnishaushalt
 - b) Finanzhaushalt

Der **Vorsitzende** betont, dass der Haushalt 2023 am 21.11.2022 mit dem Ziel eingebracht worden sei, dass man diesen noch vor dem Haushaltsjahr 2023 beschließen könne und damit den gesetzlichen Anforderungen entsprechen werde.

Die Haushaltsrede, so der **Vorsitzende**, sei titulierte worden mit „Fokussiert durch die Krisen, orientiert an der Machbarkeit, ambitioniert in die Zukunft“. Der Haushalt solle trotz krisenhafter Rahmenbedingungen auch in den kommenden Jahren wieder wichtige Impulse setzen, die der Gemeinderat mit der Vision 2030 auch vor zwei Jahren verabschiedet habe. Für Klimaschutz, Mobilitäts- und Energiewende würden insgesamt 1,7 Mio. € bereitstehen, so der **Vorsitzende**, unter anderem auch für Dachbegrünungen und Bodenentsiegelungen. 1,5 Mio. € werde die Stadt in neuen sozialen Wohnraum investieren und 400.000 € werde für Digitalisierungsthemen bereitgestellt. Das Investitionsvolumen liege im Jahr 2023, so der **Vorsitzende**, bei rund 19,2 Mio. €.

Alleine in Schulen und Kindertagesstätten werde man 10,0 Mio. € in Baumaßnahmen investieren. Schulen und Kindertagesstätten seien in Lahr auf der Vorfahrtsstraße, merkt der **Vorsitzende** an. Dies bedeute dann aber auch, dass sich das ein oder andere Fahrzeug auf dieser Straße dann etwas unterordnen müsse. 5,0 Mio. € werde man alleine für den Kindertagesstätten-Neubau an

der Dreispringstraße ausgeben. Zudem habe man eine Energiekostenerhöhung im Vergleich zum Referenzwert 2021 von knapp 4,0 Mio. €. Damit insgesamt verbunden sei dann auch die deutliche Erhöhung der Schuldenobergrenze auf 44,9 Mio. €, so der **Vorsitzende**.

Schwierige Rahmenbedingungen, so der **Vorsitzende**, bestünden in der mittelfristigen Finanzplanung. Investive Maßnahmen seien in den kommenden Jahren nur mit Kreditaufnahmen in erheblichem Umfang zu refinanzieren. Sondernierungen seien dabei nicht mehr möglich.

Eine schrumpfende Wirtschaft, steigende Zinsen, dies seien Aussagen aus der Haushaltsrede gewesen, so der **Vorsitzende**. Die wirtschaftliche Entwicklung stehe international unter Dauerstress. Die zunehmende Verletzung des Konnexitätsprinzips durch Bund und Land mache große Sorgen. Dies bedeute, so der **Vorsitzende**, dass man nicht nur Steuern und Gebührensätze anzupassen habe, man brauche auch eine wirtschaftlich gute Entwicklung. Hier, so der **Vorsitzende**, rede er aber nicht der ungezügelten Gebühren- und Steuererhöhung das Wort.

Auf der anderen Seite gebe es auch Bereiche, wo man schon jahrelang auf eine Erhöhung, auf eine Anpassung verzichtet habe. Die Einnahmesituation zu verbessern bedeute aber auch alles dafür zu tun, dass die wirtschaftliche Entwicklung gut vonstattengehen könne. Wenn man über die Stärkung der Innenstadt spreche, so der **Vorsitzende**, müsse man natürlich auch darüber sprechen, wie man die Kaufkraft in Lahr und Umgebung steuern könne.

Der Haushaltsentwurf 2023 und die Finanzplanung 2024 bis 2026 seien, so der **Vorsitzende**, solide und ambitioniert. Das Machbare werde mit wichtigen strategischen Impulsen verbunden. Es gehe also nicht um einen einfachen „Spar-Haushalt“, sondern um einen handlungsstarken, strategisch ausgerichteten Haushalt, der diesem Anspruch gerecht werde.

Änderungen bzw. Fortschreibungen haben sich, so der **Vorsitzende**, seit der Einbringung im Bereich der Zuweisungen ergeben. Eine mögliche Zuweisung könne es im Rahmen des „Wohngeld-Plus-Gesetzes“ geben, eine Verbesserung von 50.000 € sei in der vorliegenden Änderungsliste angenommen, so der **Vorsitzende**.

Die Mittelumschichtungen im Bereich der Kindertagesstätte Hosenmatten erfolgen, so der **Vorsitzende**, haushaltsneutral auf eine andere Kostenart.

Sodann eröffnet der **Vorsitzende** die Fraktionsrunde zur Vorberatung des Haushaltsentwurfs 2023 und übergibt das Wort an Stadtrat Girstl.

Stadtrat **Girstl** merkt an, dass der Gemeinderat schon seit mehreren Wochen in Lenkungsgruppensitzungen und Sondersitzungen des Gemeinderates frühzeitig an der Gestaltung des vorliegenden Haushaltsentwurfs für das Haushaltsjahr 2023 beteiligt worden sei. Dieses neu gestaltete Verfahren mit der frühzeitigen Beteiligung der politischen Gremien werde von seiner Fraktion sehr begrüßt. Durch diese Mitwirkung vor der Einbringung des Haushaltes durch den Oberbürgermeister, sei das Königsrecht des Gemeinderates deutlich gestärkt worden, so Stadtrat **Girstl**, und eine zielgerichtete Zusammenarbeit mit der Verwaltung zur Umsetzung der beabsichtigten Maßnahmen sei ausgebaut worden. In einer dieser Sitzungen habe man von der Verwaltung eine Priorisierungsliste gefordert und diese auch geliefert bekommen. Diese Vorlage sei ernüchternd gewesen, so Stadtrat **Girstl** weiter. Die Lage sei klar

und an den vorliegenden Zahlen gebe es nichts schönzureden. Im Ergebnishaushalt schaffe man es erneut nicht, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Man habe eine Unterdeckung von 12,1 Mio. €, die man nur teilweise durch den Verzehr der Rücklagen i.H.v. 9,0 Mio. € ausgleichen könne. Der verbleibende Fehlbetrag von 3,1 Mio. €, so Stadtrat **Girstl**, werde zukünftige Haushalte belasten.

Bei den Energiekosten sei sehr konservativ gerechnet worden, was angesichts der ganzen Krisen auch geboten sei. Beim Finanzhaushalt sehe es, so Stadtrat **Girstl**, nicht besser aus. Nur durch eine Kreditaufnahme können die geplanten Investitionen geschultert werden. In einer vorgeschalteten Sitzung konnten auch die Gemeinderäte hierzu nicht viel Erhellendes beitragen. Man wisse nicht, ob man den vorliegenden Haushaltsentwurf mit einem lachenden oder weinenden Auge betrachten solle. Auf der einen Seite sei da eine prosperierende Stadt welche wachse, sich stark entwickle und vom starken Zuzug geprägt sei. Auf der anderen Seite spüre man die Folgen dieser Entwicklung. Viele junge Familien würden nach Lahr ziehen, es fehle jedoch an entsprechender Infrastruktur. Über 300 Kindergartenplätze fehlten, so Stadtrat **Girstl**, und der Druck auf den Wohnungsmarkt sei enorm obwohl an allen Ecken und Enden gebaut werde. Durch das starke Bevölkerungswachstum und den daraus resultierenden Aufgaben würden die finanziellen Spielräume immer enger werden. Sei man an einem Punkt angelangt, wo Wachstum nicht mehr zu finanzieren sei, dieser Frage müsse man sich stellen. Dies gerade auch vor dem Hintergrund, dass sich das Land und die Politik immer mehr aus der Finanzierung zurückziehe und die Kommunen mehr oder weniger im Regen stehen gelassen werden. Klar sei, dass man die Pflichtaufgaben erfüllen müsse und man werde diese auch erfüllen. Dies bedeute aber auch, dass Millionen in den Neu- und Ausbau von Kindertagesstätten und Schulen fließen werden. Geld, welches an anderer Stelle fehle. Um die Pflichtaufgabe Bildung und Betreuung erfüllen zu können sei man gezwungen neue Schulden zu tätigen. Dies bedeute, so Stadtrat **Girstl**, dass man mittelfristig die Schuldenobergrenze von 35,0 Mio. € nicht halten könne. Bis zum Jahr 2026 werde die Verschuldung auf 44,9 Mio. € ansteigen. Investiere man nicht und erspare sich die Neuverschuldung, dann würge man die weitere Entwicklung in der Stadt ab.

Man stimme der Neuverschuldung nur ungern zu. Im Grunde habe man aber nur die Wahl, ob man erschossen oder erhängt werden möchte. Spielräume, so Stadtrat **Girstl**, sehe man nur dort, wo Investitionen gestartet seien, die Lahr strategisch voranbringen und den Wirtschaftsstandort Lahr stärken. Deshalb werde man für das Jahr 2024 eine Verpflichtungsermächtigung für das Gewerbegebiet Langenwinkel i.H.v. 500.000 € beantragen. Hier solle eine Erschließungsstraße gebaut werden, um Handwerkergrundstücke für Kleingewerbe zu erschließen. Die Refinanzierung sei durch Grundstücksverkäufe möglich, so Stadtrat **Girstl**, derzeit würden 18 Anfragen vorliegen.

Zum Eigenbetrieb Bäder, Versorgung und Verkehr Lahr möchte Stadtrat **Girstl** anmerken, dass dort die Lampen auch langsam auf Rot stehen würden. Wenn die Gewinne aus dem E-Werk und der badenova wegbrechen werden, was in der Krise nicht auszuschließen sei, gehe dies alles zu Lasten des städtischen Haushaltes. Man werde allen Maßnahmen, die in der Prioritätenliste auf grün geschaltet seien, zustimmen. Man möge jetzt nicht schwarzmalen, aber klar festlegen, wo die politischen Schwerpunkte seien und was man sich zukünftig leisten könne. Gerade bei den Haushaltsberatungen stehe man immer im Konflikt zwischen Haushaltslage und den Wünschen. Wünsche, so Stadtrat **Girstl**,

seien noch viele da, was man am gelben und roten Bereich sehen würde. Abschließend bedankt sich Stadtrat **Girstl** bei der Stadtkämmerei für die hervorragende und sehr guten Vorarbeiten.

Sodann übergibt der **Vorsitzende** das Wort an Stadtrat Himmelsbach (Grüne).

Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne) merkt an, dass seine Fraktion in der heutigen nichtöffentlichen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses die Erhöhung der Schuldenobergrenze des Kernhaushalts von 35,0 Mio. € auf 45,0 Mio. € abgelehnt habe. Damit bringe man zum Ausdruck, dass man mit der von der Verwaltung vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung der Jahre 2024 bis 2026 nicht einverstanden sei und den aktuellen Kurs nicht weiter mittragen werde. Nach intensiven Beratungen innerhalb der Fraktion war klar, dass man keine andere Wahl habe um das derzeitige „weiter so, es wird schon irgendwie klappen“ zu durchbrechen, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne). Zwar liege die Eröffnungsbilanz mit der abschließenden Bewertung des Vermögens noch nicht vor, es sei jedoch davon auszugehen, dass die jetzige mittelfristige Finanzplanung zu einer massiven Überschuldung des Haushalts führen werde. Darum solle jede Bürgerin und jeder Bürger jetzt auch wissen, wie schlecht es um die Investitionskraft der Stadt Lahr stehe. An dieser Stelle möchte Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne) betonen, dass man weder die Pflichtaufgaben noch die Weiterentwicklung der Stadt Lahr blockieren wolle. Im Gegenteil, man wolle das Zepter in der Hand behalten, man möchte Gestaltungsspielraum und Handlungsfähigkeit erhalten.

Um die Stadt Lahr allerdings nachhaltig und generationengerecht weiterzuentwickeln, brauche man einen strukturellen Wandel und eine zeitgerechte neue Strategie. Gerne, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne), möchte er auf einige Eckpunkte hinweisen, welche alarmierend seien. Der Schuldenstand im Kernhaushalt zum 31.12.2021 habe 14,8 Mio. € betragen und werde Ende dieses Jahres voraussichtlich 25,3 Mio. € betragen. Man spreche von einer Neuverschuldung von 10,5 Mio. € allein im Jahr 2022. Im kommenden Haushaltsjahr plane die Verwaltung mit einer weiteren Erhöhung des Schuldenstandes von rund 6,3 Mio. €. Bestandteil des Haushaltes sei auch die mittelfristige Finanzplanung, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne). Sie umfasse einen Zeitraum von drei weiteren Jahren, also die Jahre 2024, 2025 und 2026. In diesem Zeitraum plane die Verwaltung derzeit eine weitere Neuverschuldung von insgesamt 11,1 Mio. €. Allerdings sei zum 31.12.2026 noch das sogenannte Rahmenkonto Ost in den Kernhaushalt zu überführen. Über dieses Konto, welches bisher neben dem eigentlichen Haushalt geführt werde, werden Investitionen, Ausgaben und Einnahmen rund um das östliche Flughafenareal geführt. Dieses Konto sei, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne), unweigerlich mit dem Kernhaushalt der Stadt Lahr verbunden und werde deshalb von ihm bereits jetzt in alle Berechnungen miteinbezogen. Nach Verschmelzung dieses Kontos, was noch in der aktuellen mittelfristigen Finanzplanung erfolgen werde, werde der Schuldenstand zum 31.12.2026 satte 59,1 Mio. € betragen. Eine Erhöhung der Schuldenobergrenze auf 45,0 Mio. € ohne klar erkennbaren Kurswechsel, sei daher falsch und widerspreche dem eigentlichen Sinn eine Grenze zu definieren und sich dann auch daran zu halten. Diese Aussage treffe auch die Stadtkämmerei in der Beschlussvorlage. Zum Schuldenstand möchte Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne) noch eine Ergänzung vornehmen. Überschlage und addiere man die voraussichtlichen Kreditverbindlichkeiten in den Eigenbetrieben und den ausgegliederten Unternehmen des Konzerns Lahr, dann ergebe sich

am Ende der mittelfristigen Finanzplanung ein gigantisches konsolidiertes Gesamtschuldenpaket von über 100 Mio. €.

Im Weiteren möchte er auf die liquiden Mittel der Stadt Lahr eingehen, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne). Diese betragen zum Jahresende 2022 voraussichtlich 16,5 Mio. €. Zum Ende der mittelfristigen Finanzplanung rechne die Stadtkämmerei mit einem Bestand der liquiden Mittel i.H.v. 3,5 Mio. €, was nur knapp über der gesetzlich geforderten Mindestliquidität liegen würde. Es würden also weitere 13,0 Mio. € abfließen. Diese Entwicklung bedinge die Aufnahme neuer Kredite. Bis zum Jahr 2026 plane die Verwaltung eine Neuaufnahme von 31,0 Mio. €, zuzüglich 5,0 Mio. € im Rahmenkonto Ost. Um dies in ein Verhältnis setzen zu können, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne), brauche man jetzt den Ergebnishaushalt. Dort sehe man die Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Stadt Lahr. Man bewerte also, ob der Ressourcenverbrauch aus den Leistungen bzw. Erträgen gedeckt werden könne. Die gesetzliche Vorgabe sei einen Ausgleich zu erzielen, das Ziel müsse aber ein Überschuss sein, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne), denn nur so könne man Zinsen und Tilgungen bestreiten und nur mit einem Plus könne man auch neue Investitionen angehen. Nur mit einem Ertrag sei gestalten und Generationengerechtigkeit möglich. Die Ergebnisse seien erschreckend, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne). 2022 werde voraussichtlich mit einem Defizit von 9 Mio. €, 2023 von 2,1 Mio. € und die Jahre 2024 bis 2026 werden mit einem weiteren kumulierten Defizit von insgesamt 4,9 Mio. € abschließen, wenn man sein Handeln nicht wesentlich ändere. Dies bedeute, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne), dass man nur noch auf Pump investiere. Noch schlimmer sei, dass man mit diesen Ergebnissen weder Tilgungen noch steigende Zinsen aus eigener Kraft bedienen könne.

All diese Zahlen zeigen deshalb ein klares strukturelles Defizit des Haushaltes auf und dies unabhängig von der Corona- oder Energiekrise, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne). Deren Auswirkungen seien noch bei Weitem nicht vollständig erkennbar. Im aktuellen Zahlenwerk seien zwar die jetzt bekannten Energiepreissteigerungen und die Zinsen eingeplant, es sei allerdings zu erwarten, dass insbesondere bei den Zinsen diese noch weiter steigen könnten. Den Haushalt werden auch sinkende Gewerbesteuererinnahmen belasten. Auf eine Rücksprache bei der Stadtkämmerei bekam man die Aussage, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne), dass gerade kleine und mittlere Unternehmen aktuell kaum Gewinne ausweisen würden. Kritisch sehe man die Auswirkungen auf die Einkommensteuer und betreffend das Land und den Bund müsse auch mit sinkenden Zuweisungen gerechnet werden. Förderprogramme wie den Breitbandausbau oder die Kita-Sprachförderung, seien einfach gestrichen worden. Dies erhöhe die Ausgaben der Stadt.

Unklar sei auch, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne), wie sich die Baukosten entwickeln werden, wenn Materialien knapp werden und Energie teuer sei. Sozialleistungen und Integration werde die Stadt nicht nur personell, sondern auch finanziell weiter belasten, wie auch die kommende Ganztagsbetreuung in Schulen. Noch gar nicht bekannt und im Haushalt nicht enthalten sei der Anteil der Stadt Lahr an der neuen Kreisstraße zwischen Ringsheim und Lahr.

Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne) merkt an, dass man sich in den vergangenen zwölf Monaten in der eigens wieder aktivierten Haushaltsstrukturkommission getroffen und über all diese Probleme diskutiert habe. Seit gut einem Jahr habe man keine wesentlichen Ergebnisse erzielen können. Seitens der Verwaltungsspitze seien keine strukturellen Vorschläge gemacht worden. Die erfolgte

Priorisierung schiebe Investitionen lediglich in die Länge. Man drehe sich im Kreis, anstatt über den Kurs, die Ausrichtung und über die Art und Weise der Leistungen zu diskutieren. Im Gegenteil, man packe immer neue Projekte obendrauf und schiebe mittlerweile einen Berg von Maßnahmenübertragungen und Verpflichtungsermächtigungen vor sich her, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne).

Aus diesen Gründen habe seine Fraktion sich dazu entschlossen, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne), heute ein Zeichen zu setzen. Dennoch sei klar, dass kurzfristig für den Haushalt 2023 keine strukturellen Änderungen in dieser Größenordnung mehr möglich seien. Darum stimme man auch dem eigentlichen Haushalt 2023 zu. Die geplante Neuverschuldung in der mittelfristigen Finanzplanung trage man jedoch nicht mit. Man sei sich sicher, dafür viel Kritik einstecken zu müssen. Es gehe aber um Verantwortung und vor allen Dingen um Glaubwürdigkeit. Deshalb fordere man heute die Verwaltungsspitze auf, in der nächsten Sitzung der Lenkungsgruppe echte strukturelle Vorschläge zu unterbreiten. Angesichts der finanziellen Lage brauche es jetzt Ideen und einen Kurs, wie man die vielen Aufgaben mit geringeren finanziellen Mitteln erfüllen könne, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne). Jetzt brauche man Mut und es brauche auch Mut, um über bisherige Tabus reden zu können. Seine Fraktion, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne), sehe in der Tat genügend Ansätze und möchte heute fünf erste Beispiele nennen.

Punkt 1 seien die Baukosten, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne). Hier gehe es ganz klar um das „wie“ und „was“ man sich leisten könne. Man sehe in zahlreichen Kommunen, dass geringere Standards zu deutlichen Senkungen der Kosten beitragen, das anderswo Kindergärten, Bürgerhäuser und Buswartehäuschen mit wesentlich geringeren Kosten errichtet werden als in Lahr. Dies beginne schon bei der Auswahl der Architekten und gehe weiter beim definieren eines Budgets und dessen strikter Einhaltung. Zusätzlich zur internen Rechnungsprüfung werde diese Aufgabe noch an externe vergeben.

Punkt 2 sei das schon seit Jahren angemahnte Contracting, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne). Das Rechnungsprüfungsamt mahne die externe Vergabe von Energiesparmaßnahmen, sprich Sanierungen, in städtischen Gebäuden seit Jahren an. Dennoch sei diese seitens der Verwaltung bisher nicht angegangen worden. Ein weiteres Beispiel sei die Errichtung von Photovoltaikanlagen. Die Stadt Lahr plane diese auf allen Dächern, wo es sinnvoll sei eine Anlage zu errichten. Man sehe derzeit jedoch nicht, wie die Verwaltung dies kurzfristig alleine durchführen könne. Durch Contracting könne man dies wesentlich beschleunigen. Die Verwaltung wäre entlastet und die Einnahmen könnten schneller den Haushalt der Stadt entlasten.

Punkt 3 sei die multifunktionale Raumnutzung, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne). Die Stadt Lahr besitze zahlreiche Gebäude, welche nur zeitweise genutzt werden, deren Unterhalt aber gerade in der jetzigen Zeit allerdings hohe Kosten verursache. An anderer Stelle werden neue Gebäude oder Kapazitäten für die Verwaltung geplant. Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne) fragt sich, wo mehrfache Nutzungen möglich seien, wo können weitere Mieter gefunden werden, wo könne eventuell auf eine Baumaßnahme oder Containerlösung sogar verzichtet werden, weil in der Nähe Räumlichkeiten zu diesen Zeiten leer stehen, wie könne durch Mehrfachnutzung und einen Homeoffice-Platz in der Verwaltung eingespart werden?

Punkt 4 sei die Veränderung des Leistungsangebotes der Ortsverwaltungen, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne). Er möchte zu allererst darauf hinweisen, dass seine Fraktion keine Ortsverwaltungen abschaffen wolle, es gehe um die Vor-Ort-Leistungen. Die Idee sei, Kosten einzusparen und gleichzeitig das Angebot für die Bürger zu verbessern. Als Beispiel benennt er die Ausstellung von Personalausweisen, welche jährlich Lizenz- und Mietkosten in fünfstelliger Höhe verursache und die Öffnungszeiten oft nur vormittags oder einmal nachmittags gegeben seien. Durch einen mobilen Dienst könnten diese Servicekosten günstiger und sogar verbessert werden, beispielsweise wenn der mobile Dienst auch nachmittags oder in den Abendstunden vor Ort sei.

Punkt 5 sei das Projekt Anwohnerparken, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne). In anderen Städten schon längst großräumig umgesetzt, hänge das Projekt bei der Stadt Lahr schon ewig in der Pipeline. Neben der Lenkungssteuerung generiere eine überschaubare Parkgebühr für Anwohner im ganzen Stadtgebiet sozialgerechte Einnahmen für die Stadt. Dieses Projekt sollte also schnellstens vorangetrieben werden.

Viele weitere Punkte stünden auf der Agenda seiner Fraktion, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne). Beispielhaft die sozialgerechte Erhöhung der Kindergartengebühren oder der Verzicht auf den Neubau der Kreisstraße. Ebenfalls nicht gesetzt sei für seine Fraktion die Variante C2 der Breitmattenschule. Diese maximalvariante sei für seine Fraktion, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne), derzeit finanziell undenkbar.

Zum Abschluss möchte Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne) noch ein Wort an all diejenigen im Gremium richten, die seine Fraktion belächeln würden und nach dem Prinzip Hoffnung munter weiterinvestieren wollen da sie darauf bauen würden, dass das Geld, wie vielleicht in der Vergangenheit, schon irgendwo herkomme und die Krisen wieder schnell vorüber gehen würden. Im schlimmsten Falle habe man in drei Jahren plötzlich unerwartet viel Geld. Sollte dies jedoch nicht eintreffen, werde das Regierungspräsidium in naher Zukunft den Kurs der Stadt durch stringente Auflagen mitbestimmen.

In den nun folgenden Haushaltsberatungen werde seine Fraktion, so Stadtrat **Himmelsbach** (Grüne), auf eigene Anträge verzichten. Bedanken möchte er sich für die gute Vorarbeit und die Assistenz sowie die Zuarbeit der Stadtkämmerei.

Sodann übergibt der **Vorsitzende** das Wort an Stadträtin Frei.

Stadträtin **Frei** wendet das Wort direkt an Herr Stadtrat Himmelsbach (Grüne) und merkt an, dass sie jetzt tatsächlich gehofft habe, seine Fraktion spare 10 Mio. € ein, weil wenn man die Erhöhung der Schuldenobergrenze ablehne, diese 10 Mio. € einsparen müsse. Diese 5 Punkte, die Stadtrat Himmelsbach (Grüne) genannt habe, seien ihres Erachtens äußerst schwammig und bei weitem nicht im Bereich der 10 Mio. €. Daher denke sie, dass es ein gutes Zeichen gewesen sei, dass die Erhöhung der Schuldenobergrenze von einer Mehrheit mitgetragen werde.

Wie in den letzten Jahren sei ein umsichtig erstelltes Planwerk vorgelegt worden, so Stadträtin **Frei**. Einen herzlichen Dank spricht sie an die Stadtkämmerei für deren Mühen und die Offenheit bei Nachfragen aus. Die SPD-Fraktion bedanke sich jedoch nicht nur bei der Stadtkämmerei, sondern auch bei allen Fachabteilungen für die Besonnenheit bei den Mittelanmeldungen.

Bevor Stadträtin **Frei** auf inhaltliche Themen eingehe, möchte sie noch ein paar allgemeine Dinge ansprechen. Bereits seit Jahren mahne die SPD-Fraktion an, und da komme jetzt der Geldsegen her, dass der Haushalt von der Verwaltung häufig sehr zurückhaltend aufgestellt werde und man fühle sich in den letzten Jahren mit dieser Annahme auch immer bestätigt. Allein für das Jahr 2021 erfreue man sich über eine Ergebnisverbesserung von über 21,0 Mio. € abzüglich der Abschreibungen und Ermächtigungsübertragungen. Alleine 12,0 Mio. € seien Mehreinnahmen im Bereich der Steuern und im Jahr 2022 ergebe sich eine halbierte Verbesserung von 7,0 Mio. €, von -15,5 Mio. € auf -6,5 Mio. €.

Stadträtin **Frei** fragt sich, was nun das Gremium mache? Das Gremium diskutiere sogar im Bereich der Pflichtaufgaben und schiebe sie auf die lange Bank und nennt es „gelber Bereich“ in der mittelfristigen Finanzplanung! Maßnahmen, welche gerade mit Blick auf die Generationengerechtigkeit zwingend und wichtig seien, kommen nach aktuellem Stand der Dinge in den nächsten Jahren, vielleicht Jahrzehnte, nicht. Hier auch der Bereich der Schulkindbetreuung 2026, welche aktuell im gelben Bereich stehe und nicht im grünen Bereich. Man diskutiere über die Schuldenobergrenze und klopfе sich auf die Schulter, wenn man sie einhalte und hebe sie wieder einmal an, wenn es gerade nicht passe. Auch die SPD-Fraktion sei bei diesem Thema wenig sicher, gehe aber die Anhebung der Schuldenobergrenze mit um den Haushalt 2023 auch mit Verpflichtungsermächtigungen zu ermöglichen.

Zum Schluss möchte Stadträtin **Frei** noch einen Blick auf die Haushaltskonsolidierung werfen. Alleine mit den Verbesserungen der Ergebnishaushalte der letzten zwei Jahre habe man schon mehr erreicht, als die fünf Punkte der Fraktion der Grünen es aktuell ermöglichen. Die externen Berater treten aktuell auf der Stelle. Man sei gespannt, wie dieser Prozess weitergehe. 44,0 Mio. € an Ermächtigungsübertragungen aus den Haushaltsansätzen 2022 und 2023, welche noch nicht abgearbeitet seien, beschäftige einen immer wieder und falle einem auch immer wieder auf die Füße. Gleichzeitig diskutiere man über neue Arbeitspakete, hält Fachkonferenzen, Themengipfel und beschließe Konzepte, die man sich nicht leisten könne und die in der mittelfristigen Finanzplanung keinerlei Platz haben, so Stadträtin **Frei**. Wäre es nicht richtiger, das Gipfelstürmen einmal sein zu lassen, wieder auf den Boden der Tatsachen anzukommen und die Pflichtaufgaben solide zu erfüllen, anstatt in anderen Sphären zu träumen und Entscheidungen an externe Berater abzugeben, fragt sich Stadträtin **Frei**. Es sei noch einiges zu den Themen zu sagen, so Stadträtin **Frei**, aber die eigentliche Haushaltsrede komme ja dann auch erst im Gemeinderat.

Wesentliche von der SPD-Fraktion mitgetragene Punkte, haben in den Haushalt 2023 gefunden, so Stadträtin **Frei**. Auch Themen wie die Verkehrswende, die Straßensanierung, hier die Dinglinger Hauptstraße, aber eben auch die Schulkindbetreuung 2026 und wichtige Maßnahmen im Bereich Klimaschutz hätten durchaus mehr Platz verdient gehabt. Man sei sich der finanziellen Lage der Stadt bewusst, aber auch der personellen Ressourcen, welche aktuell eingeschränkt seien. Insgesamt müsse man die maßvolle Stadtentwicklung im Blick haben um die Lebensqualität zu sichern aber auch weiterhin der kommunalen Aufgaben gerecht werden ohne dass einem die Mehrausgaben über den Kopf wachsen. Das Thema Wachstum biete Chancen, aber man müsse dafür auch die nötige Infrastruktur in gleichem Maße schaffen. Aktuelle schaffe man es nicht einmal, wie das Beispiel Mietersheim zeige, die vorhandenen Schüler

gut zu versorgen, so Stadträtin **Frei**. Der Blick gelte dieses Jahr insbesondere dem Investitionsprogramm welches der Punkt sei, bei dem Stadtentwicklung geschrieben werde. Zum Haushalt 2023 habe man noch einige Nachfragen zu Haushaltspositionen, die teilweise nicht ganz überzeugen. Hieraus können sich gegebenenfalls dann auch Änderungsanträge im Bereich der Einsparungen ergeben, so Stadträtin **Frei**.

Einen Antrag habe man jedoch, so Stadträtin **Frei**. Es gehe um den Zuschuss an das Jugendwerk Ortenaukreis. Hier seien 20.000 € beantragt worden und es seien nur 15.000 € im Haushalt veranschlagt worden. Man beantrage hier wieder eine Erhöhung auf 20.000 €, es gehe dabei um den Abenteuerspielplatz. Ansonsten trage man die Haushaltsansätze mit und würde eben auf inhaltliche Themen dann auch noch einmal im Gemeinderat eingehen.

Sodann übergibt der **Vorsitzende** das Wort an Stadtrat Dörfler.

Stadtrat **Dörfler** merkt an, dass er die Hoffnung habe, dass dies heute schon die Haushaltsreden gewesen seien. Es sei schon ein kleiner Paradigmenwechsel, da man in dieser Sitzung eigentlich immer nur ganz kurze Statements abgegeben habe. Er denke, dass sich die Menschen in Lahr nicht darüber im Klaren seien, wie sich die finanzielle Situation der Stadt insgesamt darstelle. Auf die Verschuldung von 100 Mio. € weise er schon seit 3 Jahren hin. Durch das neue Haushaltsrecht werde diese augenfällig, da die Neben- und Schatthaushalte in die Konzernbilanz miteinfließen würden. Wenn man noch weitersehe, was in der Pipeline liege, wäre man zwischenzeitlich bei 250 Mio. €. Dies sei absolut keine Perspektive, so Stadtrat **Dörfler**. Zudem gelinge es im Ergebnishaushalt überhaupt nicht ein Ergebnis zu erzielen, dieser sei chronisch unterfinanziert.

Konsolidierung, so Stadtrat **Dörfler**, bedeute, dass man sich auf ein bestimmtes Niveau zurückziehe. Was man jedoch als Konsolidierung gemacht habe, das sei dieses Wort nicht wert gewesen, ein Rohrkrepiierer. Die Helfer dieses Rohrkrepiierers würden Rödl & Partner heißen, so Stadtrat **Dörfler**. Rödl & Partner habe man 100.000 € in den Rachen geworfen für das Ergebnis, dass man beim KOD 30.000 € einsparen könne.

Zur Frage der Erhöhung der Schuldenobergrenze möchte Stadtrat **Dörfler** anmerken, dass man die pauschale Erhöhung um 10,0 Mio. €, von 35,0 Mio. € auf 45 Mio. €, nicht mitgehe, da keine essentiellen Einsparungen erkennbar seien. Es wäre unternehmerisch betrachtet sinnvoll, dass man einmal richtig Geld in die Hand nehme um etwas abzarbeiten, mit der sicheren Gewissheit, dies in späteren Jahren vernünftig abwickeln zu können mit einem entsprechenden Ergebnishaushalt. Hiervon sei man aber weit weg. Der Schuldenstand von 45 Mio. € habe eine derartige Dimension, dass er über einen normalen Ergebnishaushalt niemals abgedient werden könne.

Es sei die Frage nach Vorschlägen gestellt worden, so Stadtrat **Dörfler**. Er habe schon einmal das Thema Ortsverwaltungen angesprochen. Jetzt habe man Rathäuser die nicht behindertengerecht seien. Er erinnere sich an den Antrag, alle Rathäuser behindertengerecht auszubauen. Was sei bisher geschehen, fragt Stadtrat **Dörfler**. Man habe 2 behindertengerechte Rathäuser. Wenn man alle Rathäuser behindertengerecht machen wollte, dann seien dies weitere Millionensummen. Deshalb biete es sich jetzt mal an, dass man abseits aller ideologischen und statussymbolhaften Vorstellungen sage, man müsse

vernünftige Strukturen schaffen. Dieses Thema wirke nicht morgen, aber es gehöre angegangen, so Stadtrat **Dörfler**.

Zum Thema Schule Kuhbach merkt Stadtrat **Dörfler** an, dass wenn man die Menschen frage was sie sich wünschen, die Menschen dann auch sagen was sie sich wünschen. Von der Schulverwaltung sei ein vernünftiger Vorschlag mit Kosten von 3,5 Mio. € gekommen, aus denen dann 20 Mio. € Kosten geworden seien. Gleiches sei schon einmal bei der Friedrichschule der Fall gewesen. Auch dort standen Kosten von 20 Mio. € im Raum. Hier sei die Frage gestellt, wie lange die Friedrichschule bereits als Gemeinschaftsschule laufe und ob es notwendig sei, nochmals Millionenbeträge in das Gebäude zu investieren. Dann stelle sich für Stadtrat **Dörfler** auch die Frage, ob in Lahr an jeder Schule eine Ganztagschule eingerichtet werden müsse. Dies müsse seiner Ansicht nach nicht sein. Es sei konzeptionell zu überlegen, ob es nicht nur drei Ganztageschulen geben werde. Müsse man jetzt in die Gutenbergschule in diesem Maße investieren oder mache es nicht vielmehr Sinn zu sagen, man investiere in das halbleere Schulgebäude der Theodor-Heuss-Schule und reiße die Gutenbergschule ab und verkaufe das Gelände, fragt sich Stadtrat **Dörfler**.

Nächstes Thema, so Stadtrat **Dörfler**, seien die Bestattungsgebühren. Diese müsse man anheben. Man habe bei der letzten Erhöhung der Bestattungsgebühren beschlossen, dass man dies kontinuierlich mache. Leider könne er keine Kontinuität feststellen.

Auch die Kindergartengebühren seien für die CDU-Fraktion ein Thema, so Stadtrat **Dörfler**. Die Mehrheit der Bürger könne die Kindergartengebühren bezahlen und diejenigen welche dabei Probleme hätten, würden aus allen möglichen sozialen Richtungen Unterstützungen erhalten.

Ein weiteres Thema seien die Personalkosten, so Stadtrat **Dörfler**. Er halte es in diesen Zeiten für nicht vertretbar, nochmals 1,3 Mio. € an Personalkosten draufzupacken.

Dann das Thema ÖPNV, so Stadtrat **Dörfler**. Da gebe es so viele Dinge, die man gerne machen würde, wie z.B. den Zuschuss für Lastenfahrräder. Wenn man jedoch kein Geld habe, dann sei die ganze Klimaschutzdebatte hinfällig.

Zum Thema Bäder merkt Stadtrat **Dörfler** an, dass man das Terrassenbad im vergangenen Sommer gerade noch so in Betrieb bekommen habe. Es sei also nicht so, dass man hier bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten könne.

Gerade seien auch die Einnahmen vom E-Werk und der Badenova angesprochen worden, auch hier werde es anders werden, so Stadtrat **Dörfler**.

Anrufsammeltaxi, solche Dinge finanziere man, merkt Stadtrat **Dörfler** an. Kreisstraßen, braucht kein Mensch und es sei noch gar nicht definiert was es kosten werde. Er gehe davon aus, dass man hierfür 5 Mio. € einsetzen müsse.

Wenn das Personal überlastet sei, so Stadtrat **Dörfler**, dann müsse man sich als Unternehmer überlegen, ob man zu viele Aufträge angenommen habe. Und wenn das städtische Personal überlastet sei, dann müsse man überlegen ob das Angebot irgendjemand brauche oder man einfach nur ganz tolle plakative Dinge ansammle, die nachher im Archiv in Hochglanzprospekten vergammeln und niemanden mehr interessieren.

Kurzum, so Stadtrat **Dörfler**, werde man dem Haushalt 2023 zustimmen. Durch die Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt 2023 seien aber Dinge angestoßen, die bereits in den nächsten Jahren zwangsläufig kommen wer-

den. Der mittelfristigen Finanzplanung werde man jedoch nicht zustimmen. Man habe nunmehr mehrere Möglichkeiten, so Stadtrat **Dörfler**. Wenn man der mittelfristigen Finanzplanung nicht zustimme, dann könne man freilich auch den Haushaltsplan nicht genehmigen lassen. Man erwarte, dass zumindest die virtuell eingesetzte 35 Mio. € Schuldenobergrenze bestand habe und nicht einfach so mit der lapidaren Begründung böser Bund, böses Land und Energiekosten und Ukraine-Krieg und vielleicht noch 5 andere Ausreden angehoben werde.

Sodann übergibt der **Vorsitzende** das Wort an Stadtrat Uffelmann.

Stadtrat **Uffelmann** merkt an, dass es im Moment um den Haushalt 2023 gehe. Man sei sich einig, dass die Ausgangssituation für den Haushalt und die Finanzplanung sehr schlecht sei. Bis Ende 2026 habe man einen großen Schuldenberg aufgebaut und daher sei es auch richtig, dass man das Thema Erhöhung der Schuldenobergrenze anspreche. Ob man darum herumkomme oder nicht, werde die Mehrheit entscheiden. Die Schuldenobergrenze werde sich wahrscheinlich sukzessive immer mehr erhöhen, weil gar nicht erkennbar sei, wie man dies alles abdecken solle. Dies habe Stadtrat Dörfler ja bereits richtigerweise angesprochen. Womit Stadtrat **Uffelmann** mit Stadtrat Dörfler nicht übereinstimme sei, dass es sich um Ausreden handle, wenn man nunmehr in eine Situation geraten sei, die man bisher überhaupt noch nicht gekannt habe. Man habe in der Vergangenheit fette Jahre gehabt. So konnte man die Landesgartenschau aus den Rücklagen bezahlen. Diese sei nunmehr aufgebraucht. Man sei jetzt in den mageren Jahren angelangt, so Stadtrat **Uffelmann**, und müsse sich daran gewöhnen, dass das Geldausgeben nicht mehr so einfach sei. Über die Steuererhöhungen, welche jetzt teilweise vom Vorsitzenden schon angesprochen worden seien, werde man diskutieren müssen. Vor allem auch was die Grundsteuer ab dem Jahr 2026 betreffe, werde diese ein Riesenthema werden. Natürlich habe der Ukraine-Krieg und die Pandemie auf die finanzielle Situation durchgeschlagen. Gerade z.B. die Energieversorgung, da sei es ja extrem was man da mehr bezahlen müsse, so Stadtrat **Uffelmann**, da sei man bei 6 Mio. € mehr.

Weiter kommen die Anforderungen von oben herunter, so Stadtrat **Uffelmann**, dass man ab dem Jahr 2026 die Ganztagesbetreuung gewährleisten solle. Seines Erachtens sei dies ein ganz klarer und eklatanter Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip welches einfach ausgedrückt laute, wer fordert muss auch bezahlen. Dies sei überhaupt nicht absehbar. Damit laufe man auf eine Überforderung der Kommunen hinaus, welche aus seiner Sicht nicht mehr verfassungsgemäß sei. Bei dieser Ausgangslage müsse man schon überlegen, was man sich eigentlich noch leisten könne. Man müsse bei Projekten, selbst wenn man sie schon beschlossen habe, überlegen, ob man sie noch durchführen könne. Hierbei denke er auch an den Neubau der Schule in Kuhbach-Reichenbach und ob man diese so durchführen könne, wie sie ein Kreis interessierter Bürger mit großer Mehrheit bejaht habe. Es gebe auch andere Lösungen in diesem Bereich, so Stadtrat **Uffelmann**. So gebe es einfachere Bauweisen, welche den Zweck des Schulbetriebs genauso gut erfüllen würden.

Die Fahrradstraßen seien für Stadtrat **Uffelmann** sehr problematisch. Bei der Max-Planck-Straße seien es 250 Meter Straße und da solle ein Riesenaufwand betrieben werden. Dies werde die Zustimmung der FDP-Fraktion auf keinen Fall finden. Im Verkehrsplanbereich seien Vorstellungen enthalten, so Stadtrat **Uffelmann**, die einfach nicht realisierbar seien. Zustimmung werde man für

den Haushalt insgesamt geben, da komme man ja gar nicht herum sonst wäre die Verwaltung nicht handlungsfähig. Bauchschmerzen habe man auch bei der Anpassung der Schuldenobergrenze oder auch zu Ziffer 2 des Beschlussvorschlages der Verwaltung, dass bis auf Weiteres auch keine Schulden mehr getilgt werden sollen. Ja, dies habe man in den letzten zwei Jahren während der Pandemie auch praktiziert, aber in dieser Pauschalität würde dies bedeuten, dass man sich darüber keine großen Gedanken mehr machen müsse, weder Gemeinderat noch die Verwaltung, so Stadtrat **Uffermann**. Man habe sich jedoch auf die Fahne geschrieben, und dies auch dem Regierungspräsidium so vorgelegt, dass man Schuldentilgung betreibe.

Wie bereits gesagt, so Stadtrat **Uffermann**, stimme man dem Haushalt zu. 2023 sei der Haushalt noch händelbar, aber die nächsten Jahre sehen nach Auffassung von Stadtrat **Uffermann** ganz anders aus.

Sodann übergibt der **Vorsitzende** das Wort an Stadtrat Durke.

Stadtrat **Durke** merkt an, dass man wie in den vergangenen Jahren ein paar kritische Blicke auf den Haushalt werfen müsse. Zustimmung könne man dem Haushalt in der jetzigen Form leider nicht. Man hätte sehr gerne zugestimmt, wenn der Haushaltsplan ausgewogener gewesen wäre und die Projekte und Planungen mehr im Sinne seiner Fraktion ausgelegt worden wären. Hierfür habe es aber keine Mehrheiten gegeben. Man könne, so Stadtrat **Durke**, einem Haushaltsplan den man nicht vertreten könne, nicht die Stimme geben.

Zu den Schwerpunkten die seiner Fraktion nicht so gefallen, so Stadtrat **Durke**, zählen u.a., dass die sozialen Projekte wie Kindertagesstätten und Obdachlosenunterkünfte nicht so sehr unterstützt werden können, da man andere Projekte wie den Seepark unterstütze. Dieser sei ein reines Prestigeobjekt.

Die Umwelt und Naturaspekte würden sich oftmals auf Pflichtaufgaben beschränken, so Stadtrat **Durke**, die man sowieso erfüllen müsse. Alles was darüber hinausgehe, werde kaum umgesetzt. Man erhalte keinen Zuwachs an städtischem Grün, man hoffe, dass da noch mehr komme. Daneben falle der Tierschutz zumeist ganz hinten runter. Beispielsweise sei die Hundewiese aus dem Plan verschwunden, so Stadtrat **Durke**.

Zu den Gesamtschulden merkt Stadtrat **Durke** an, dass sich diese Ende 2021, laut Statistischem Bundesamt, auf 117,5 Mio. € belaufen haben. Dies bedeute, dass bei der damaligen Einwohnerzahl von 47.773 Einwohner, pro Einwohner 2.463 € Schulden vorhanden gewesen seien. Der Durchschnitt in Baden-Württemberg liege bei nur 1.910 €. Sinnvoll wäre daher, so Stadtrat **Durke**, wenn Zukunftstrends in der Schuldenentwicklung und die Mittel zur Gegensteuerung aufgezeigt werden würden. Die Schuldengrenze zu erhöhen sei Grundlage, um den Haushalt beschließen zu können. Hier werde man mitgehen und zustimmen, weil man der Bugwelle an Schulden die man vor sich herschiebe gar nicht anders Herr werden könne, so Stadtrat **Durke**.

Steuererhöhungen, so Stadtrat **Durke**, könne man nicht unendlich durchführen. Hier sei man heute schon teilweise an Grenzen angekommen, wo man nicht einfach weitergehen könne.

Die Stadt selbst sollte eigentlich um ihre Vorbildfunktion wissen und diese auch leben, Inspirationen setzen und eine lebensfreundliche Zukunftsvision aufzeigen. Mit den beschränkten Mitteln die man habe, so Stadtrat **Durke**, solle man

initiativen von Privatpersonen und Gewerbe fördern und einfordern, unterstützen und entsprechende Anreize setzen.

Anhand von vier Beispielen möchte Stadtrat **Durke** aufzeigen, wie man Dinge anders und besser gelöst hätte. Bezüglich des Seeparks, welcher mit der gesamten Landesgartenschau um die 90 Mio. € gekostet habe, solle man darüber nachdenken, wie man die Kosten einschränken könne und man solle über vernünftige und günstigere Nutzungsalternativen nachdenken.

Auf der anderen Seite, so Stadtrat **Durke**, könne man, wenn man Projekte auf das Notwendigste zurückfahre, dem unzureichenden Kindertagesstättenausbau und den Unterkünften für Obdachlose mehr entgegenkommen. Auch plädiert Stadtrat **Durke** für günstigere Bauweisen und günstigere Nutzungsalternativen, als für immer teurere Neubauten.

Zweitens, so Stadtrat **Durke**, stehe im Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebs Bäder, Versorgung und Verkehr Lahr unter dem Punkt Photovoltaik, dass noch überhaupt keine Photovoltaikanlage auf kommunalen Dächern umgesetzt worden sei. Dies sei bei der jetzigen Klimalage prekär, man müsse viel schneller vorgehen, wenn man als Vorbild für den Bürger dienen wolle.

Natürlich koste dies alles Geld. Aber es gebe auch Wege klimafreundlich zu werden ohne viel Geld auszugeben und trotzdem ein gutes Beispiel zu geben, so Stadtrat **Durke**. Zum Beispiel wenn man bei städtischen Veranstaltungen oder Feierlichkeiten nicht nur eine vegane Option anbiete, sondern generell eine regionale bio und vegane Gesamtverpflegung als Beispiel und Motivation für die Bürgerschaft anbiete.

Als drittes Beispiel nennt Stadtrat **Durke**, dass man dem Bau- und Gartenbetrieb unlängst einen millionenschweren Um- und Ausbau genehmigt habe um dessen Effizienz zu steigern und die Kapazitäten zu erhöhen. Im gleichen Umfang erhöhen sich jedoch die Grünflächen nicht um die sich der Bau- und Gartenbetrieb kümmern müsse. Es erschließe sich daher nicht, weshalb der Bau- und Gartenbetrieb nicht eine Hundewiese mitbetreuen könne.

Viertes Beispiel sei, so Stadtrat **Durke**, dass man sich immer noch eine zoologische Tierhaltung mit exotischen Tieren leiste, welche in der Regel kaum artgerecht gehalten werden können, während man sich auf der anderen Seite zu schade sei, die regional vorkommenden Tiere ausreichend zu unterstützen, wie z.B. die Stadttauben. Wenn man hier die zoologische Tierhaltung zurückfahren oder auslaufen lassen würde, so hätte man genügend Kapazitäten um die Taubenschlaglösung zu unterstützen.

Man werde, so Stadtrat **Durke**, wie bereits gesagt, dem Haushalt 2023 nicht zustimmen können. Man werde jedoch der Erhöhung der Schuldenobergrenze zustimmen, um überhaupt handlungsfähig zu bleiben.

Stadtrat **Mauch** verlässt die Sitzung.

Sodann übergibt der **Vorsitzende** das Wort an Stadtrat Himmelsbach (AfD).

Stadtrat **Himmelsbach** (AfD) merkt an, dass er dem Haushaltsentwurf auch nicht zustimmen könne. Zur Schuldenproblematik sei schon viel gesagt worden und auch dazu, welche Ausgaben zu überdenken seien. Er werde es auch hierbei belassen und möchte nur noch einmal auf die Rechnungslegung eingehen.

Man habe der Stadtkämmerei zu dem Zahlenwert Komplimente gemacht, aber gerade dazu sehe er keinen Anlass, so Stadtrat **Himmelsbach** (AfD). Im Gegenteil, wenn behauptet werde, der planerische Fehlbetrag für das Jahr 2023 kann zum überwiegenden Teil durch die zum 01.01.2023 vorhandene Ergebnisrücklage ausgeglichen werden, die angeblich aus Ergebnisüberschüsse der Pandemiejahre 2020 und 2021 stammen würden, dann drängen sich ihm doch ein paar Fragen auf. Z.B. wie hoch seien eigentlich die vermuteten und noch nicht verfestigten Jahresabschlüsse 2020 und 2021. Für das Jahr 2020 sei mit einem Fehlbetrag i.H.v. 3.648.000 € und für das Jahr 2021 i.H.v. knapp 4,0 Mio. € gerechnet worden. Wie aus diesen Fehlbeträgen plötzlich Rücklagen werden konnten, werde eigentlich nicht erklärt, so Stadtrat **Himmelsbach** (AfD). Stattdessen werde seitenslang versucht, wie in den Jahren zuvor, dem Gemeinderat das neue kommunale Haushaltsrecht zu erklären. Stadtrat **Himmelsbach** (AfD) fragt sich, ob die Verwaltung das neue Haushaltsrecht überhaupt wirklich verstanden habe. Er denke hierbei immer noch an die Probleme bei der Abgrenzung von Erhaltungsaufwendungen und Anschaffungskosten. Dies sei eine Gradwanderung und nicht immer einfach, aber er habe das Gefühl, dass man in dem vorliegenden Haushaltsplan geschaut habe, dass wenn irgendwas eine Baumaßnahme sei, diese sofort als Investition deklariert worden sei.

Auch bei der Schuldenobergrenze habe man, so Stadtrat **Himmelsbach** (AfD), nur den Kernhaushalt im Blick gehabt, und nicht auch die ganzen Schattenhaushalte. Die Gesamtschulden liegen, wie bereits gesagt worden sei, bei 100 Mio. €.

Auch habe Stadtrat **Himmelsbach** (AfD) noch nirgendwo im Haushaltsplan Zuführungen zu Rückstellungen gefunden. Gerade was die Verpflichtung aus dem Kaufvertrag vom 30.12.1996 angehe habe man sich noch nie die Mühe gemacht nachzurechnen, was dies einen Kosten werde. Auch habe er noch nie gehört, wie viele Zinsen man nachzahlen müsse und was alles noch so anfallen werde. Der Gemeinderat versuche davor die Augen zu verschließen, so Stadtrat **Himmelsbach** (AfD).

Alleine schon wegen der ganzen Schuldenmacherei, könne er dem Haushalt 2023 nicht zustimmen, so Stadtrat **Himmelsbach** (AfD). Es werde behauptet, dass man das jetzige Defizit durch Rücklagen aus den Jahren 2020 und 2021 ausgleichen könne. Man habe ja im Jahr 2022 ein Defizit von 15 Mio. € und er frage sich, ob die angeblichen Rücklagen nicht dadurch bereits vollständig aufgebraucht worden seien. Die Verwaltung müsse nochmals nachsitzen und einen anderen Haushaltsplan vorlegen, so Stadtrat **Himmelsbach**.

Der **Vorsitzende** möchte nochmals darauf hinweisen, dass noch kein Haushalt so transparent mit dem Gemeinderat besprochen worden sei, wie der vorliegende Haushaltsplan 2023. Dies treffe auch auf den Stellenplan zu. Man habe ein großes Maß an Verlässlichkeit und Weitsicht gezeigt.

Nach kurzer Aussprache weist Stadtkämmerer **Wurth** auf die Änderungsliste hin. Im Ergebnishaushalt habe es eine Veränderung von 50.000 € gegeben. Hintergrund sei, dass sich das Land im Rahmen des Wohngeld-Plus-Gesetzes ab 2023 mit 17,0 Mio. € beteiligen möchte. Zwar sei der Verteilungsmodus noch nicht bekannt, aber man habe versucht überschlägig zu berechnen was dies für die Stadt bedeute und sei dabei auf 50.000 €, plus, minus 20.000 €, gekommen. Damit ändere sich auch in der Gesamtbetrachtung die Unterdeckung im Ergebnishaushalt um 50.000 € auf 12.100.000 €.

Stadtkämmerer **Wurth** schlägt zum weiteren Vorgehen vor, dass die Fraktionen, welche Änderungen haben, diese vortragen und darüber abgestimmt werde.

Stadtrat **Roth** beantragt für die Seilzüge der Bühnentechnik im Parktheater, 15.000 € bereitzustellen. Man benötige zwar hier 40.000 €, ein großer Teil werde aber durch die Sparkassenstiftung als Zuschuss übernommen.

Stadträtin **Frei** beantragt, im Teilhaushalt 5 „Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege“, den Zuschuss für den Abenteuerspielplatz Lahr um 5.000 € auf 20.000 € zu erhöhen.

Stadträtin **Frei** nimmt Bezug auf die Raumbedarfsanalyse. Hier habe man für die externe Beratung für das Jahr 2022 den Betrag von 60.000 € und für das Jahr 2023 den Betrag von 70.000 € vorgesehen. Stadträtin Frei stellt den Antrag, beim Ansatz 2023 den Betrag von 70.000 € zu streichen.

Stadtrat **Girstl** verlässt die Sitzung.

Nach ausführlicher weiterer Diskussion, lässt der **Vorsitzende** über den Antrag von Stadtrat Roth abstimmen, für Seilzüge bei der Bühnentechnik im Parktheater einen Haushaltsansatz von 40.000 € einzustellen, im Wissen, dass noch ein Zuschuss von 25.000 € von der Regionalstiftung kommen werde.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Danach lässt der **Vorsitzende** über die Zuschusserhöhung für den Abenteuerspielplatz um 5.000 € von 15.000 € auf 20.000 € abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
13 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Abschließend lässt der **Vorsitzende** über den Antrag abstimmen, den Betrag für die externe Beratung der Raumbedarfsanalyse von 70.000 € für das Jahr 2023 zu streichen.

Abstimmungsergebnis:
10 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Herr **Ziser** berichtet, dass man sich in Summe um 50.000 € verbessert habe. Man habe jetzt im Ergebnishaushalt ein Defizit von 12.050.000 € anstatt bisher von 12.100.000 €.

Stadtrat **Girstl** erscheint zur Sitzung.

Sodann lässt der **Vorsitzende** zuerst über die bisherige Ziffer 2, den Ergebnis- und Finanzhaushalt des Jahres 2023 abstimmen:

Der Haupt- und Personalausschuss stimmt dem Entwurf der vorgelegten **Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 unter Einbeziehung der beschlossenen Änderungen** zu und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung.

Die Stadtkämmerei wird ermächtigt, zur Ermittlung der Eckwerte des Gesamthaushaltes 2023 ggf. entsprechende geringfügige Korrekturen (Rundungen) vorzunehmen.

Im Weiteren empfiehlt der Haupt- und Personalausschuss dem Gemeinderat, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die im Haushaltsplan 2023 für die **Stadtteile** veranschlagten Mittel für die **Gebäudeunterhaltung** und **Gebäudebewirtschaftung**, die in der Bewirtschaftungszuständigkeit der Abt. Gebäudemanagement stehen, dürfen im unterjährigen Haushaltsvollzug grundsätzlich nur für den jeweiligen Stadtteil verwendet werden.

Eine Mittelumschichtung für Gebäude der Kernstadt oder eines anderen Stadtteils darf von der bewirtschaftenden Stelle nur unter vorheriger und ausdrücklicher Zustimmung durch den jeweiligen Stadtteil und unter Einbindung der Stadtkämmerei erfolgen.

Für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der städt. Gebäude in den Ortsteilen wird jeweils ein separates Stadtteilbudget gebildet.“

Abstimmungsergebnis:

13 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

2. Vorberatung der Finanzplanung mit Investitionsprogramm für die Jahre 2022 bis 2026 (Kernhaushalt)

Danach lässt der **Vorsitzende** über die bisherige Ziffer 1, die Finanzplanung mit Investitionsprogramm für die Jahre 2022 bis 2026 abstimmen:

„Der Haupt- und Personalausschuss stimmt dem Entwurf der Finanzplanung mit Investitionsprogramm für die Jahre 2022 bis 2026 unter Einbeziehung der beschlossenen Änderungen zu und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung.“

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Bei Stimmengleichheit abgelehnt.

3. Vorberatung der Wirtschaftspläne 2023
 - a) Eigenbetrieb Abwasserbereitung Lahr
 - b) Eigenbetrieb Bau- und Gartenbetrieb Lahr
 - c) Eigenbetrieb Bäder, Versorgung und Verkehr Lahr

Abschließend lässt der **Vorsitzende** über die Wirtschaftspläne 2023 aller Eigenbetriebe zusammengefasst abstimmen:

„Der Haupt- und Personalausschuss stimmt den Entwürfen der vorgelegten Wirtschaftspläne 2023 für die Eigenbetriebe `Abwasserbeseitigung Lahr`, `Bau- und Gartenbetrieb Lahr` sowie `Bäder, Versorgung und Verkehr Lahr` zu und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung.“

Abstimmungsergebnis:

- 14 Ja-Stimmen
- 1 Nein-Stimme
- 0 Enthaltungen

III. OFFENLEGUNGSVERFAHREN

- | | |
|-----------------|--|
| 267/2022
201 | 1. Annahme / Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- Stadt Lahr als Spendenempfänger - |
|-----------------|--|

Der Vorsitzende weist auf das Offenlegungsverfahren hin.

Der Haupt- und Personalausschuss beschließt:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig.

2. Niederschrift des Haupt- und Personalausschusses am 12.09.2022 und 10.10.2022.

Der Vorsitzende weist auf die Niederschrift des Haupt- und Personalausschusses am 12.09.2022 und 10.10.2022 hin.

Es wird festgestellt, dass die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses während der gesamten Dauer der heutigen Sitzung gewährleistet war.

Lahr/Schwarzwald, 05.12.2022

Vorsitzender

Protokollführung

Stadtrat/-rätin

Stadtrat/-rätin